

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 26 (1947)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Das Deutschland-Problem im Frühjahr 1947 : Notizen von einer Reise  
**Autor:** Rings, Werner  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-335703>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## *Das Deutschland-Problem im Frühjahr 1947*

Notizen von einer Reise

### *Die Liquidierung eines Problems*

Ein Problem kann gelöst oder liquidiert werden. Man kann ein Feuerzeug, das nicht funktioniert, zum alten Eisen werfen und statt seiner wieder Streichhölzer verbrauchen: das technische Problem der Feuerzeugreparatur ist nicht gelöst, es ist liquidiert. In der Politik des Dritten Reiches, in der Politik der Diktaturen wählte und wählt man gern diesen anscheinend bequemen Ausweg aus akuten Schwierigkeiten. So wird zum Beispiel das Problem der Demokratie angeblich «gelöst», indem man es kurzerhand «aus der Welt schafft». Aber so zweckmäßig und bequem, wie es scheinen mag, ist dieser Ausweg nicht. Das «Aus-der-Welt-Schaffen» eines Problems gelingt meistens nur unvollkommen: Geheimpolizei und Konzentrationslager und die komplizierten Zwangs- und Gewaltapparaturen der Liquidatoren erinnern immer wieder daran, daß ein Problem nicht gelöst worden ist, daß es noch ein ungelöstes Problem gibt. Die Liquidierung eines Problems ist letzten Endes nur eine Vertagung.

Die Vertagung des Deutschland-Problems von einer internationalen Konferenz zur andern bedeutet, daß man gezwungen ist, auch dieses Problem schließlich zu liquidieren. Seit der militärischen Niederlage des Dritten Reiches hat man zwei Jahre lang gehofft, man werde das Deutschland-Problem lösen können. Man hatte berechtigte Skrupel, zu liquidieren, statt zu lösen. Wenig Beifall fanden daher die Pläne, Deutschland zu entvölkern, es systematisch zu agrarisieren, das Zentrum Europas wirtschaftlich zu verkrüppeln, Deutschland «aus der Welt zu schaffen». Die Friedensillusionen der Kriegszeit beeinflußten noch die Gedanken und die Vorstellungen der Sieger.

Nun beginnt man einzusehen, daß ein richtiger Gedanke falsch formuliert worden ist. Oder besser: Der Irrtum liegt zwischen der heutigen Wirklichkeit und den Gedanken von gestern. Man sagte – und man wiederholt es, schon gedankenlos, immer wieder –, daß es keinen Frieden geben könne, ehe nicht das Deutschland-Problem gelöst worden sei. Richtig wäre es, zu sagen, daß das Deutschland-Problem nicht gelöst werden kann, ehe nicht Friede ist.

Die Mächtigen im Osten und im Westen leben im Zustand der permanenten Kampfbereitschaft. Statt Armeen, Bomberflotten und Atombomben manövrieren sie Diplomaten, Agenten und Journalisten, drohen oder locken sie mit Krediten und Verträgen. Der Friede ist fern. Die Armeen, die heute (nach der Entwaffnung Deutschlands und Japans) unter Waffen stehen, sind gewaltiger an Truppenzahl und an Kampfmitteln als die Armeen aller Länder im Jahre vor Ausbruch des größten Krieges. Diese Armeen und ihre Kampfmittel sind auch heute die entscheidenden und daher überzeugenden Argumente der Friedensdiplomatie.

Mit solchen Argumenten kann man Probleme nicht lösen; bestenfalls kann man sie liquidieren. Tatsache ist, daß keine der Siegerparteien bereit ist, irgendeine ihrer Positionen freiwillig aufzugeben. Die militärische Demarkationslinie, die die Welt in zwei Welten aufspaltet, ist zu einer wirtschaftlichen und politischen Barrikade geworden. Alle Versuche der Mächtigsten, in die Einflußsphäre jenseits dieser Linie einzudringen, sind erfolglos geblieben. Die «Friedensdiplomatie» bietet ihre ganzen Kräfte für die Verteidigung der heutigen Positionen auf. Die Zweiteilung der Welt, das Ergebnis des Weltkrieges, ist vorläufig unauflösbar. Die Linie, die die Welt in zwei Welten aufspaltet, spaltet auch Deutschland in zwei Teile auf.

Damit ist eine Lösung des Deutschland-Problems in seiner herkömmlichen Formulierung gegenstandslos geworden, weil das alte Deutschland nicht mehr existiert. Im übrigen geht es den Mächtigen nun um die Befestigung und Sicherung ihrer Positionen hinter der Linie, die Deutschland in zwei Teile spaltet. Hüben und drüben schaffen sie neue Wirtschaftsbereiche, deren Organisation zwar den gleichen Zwecken, aber verschiedenen strategischen und politischen Interessen dient. Hüben und drüben wird man das Elend bekämpfen, weil das Elend ein unzuverlässiger Grenzgendarm ist. Hüben und drüben wird man sich einrichten, nachdem man erkannt hat, daß ein Krieg nur vermieden oder verschoben werden kann, solange die Verbündeten die Einflußsphäre ihrer Freunde anerkennen. Zu dieser gegenseitigen Anerkennung ihrer «Rechte» werden die Verbündeten und ihre Freunde durch die heutigen Machtverhältnisse gezwungen.

Mit dieser Klärung der machtpolitischen Verhältnisse, die als Ergebnis der Moskauer Konferenz notiert werden darf, ist das Deutschland-Problem liquidiert.

### *Aufbau oder Abbau?*

Alle Sieger streben vor allem Sicherheit an — Sicherheit nicht vor dem

deutschen Feind, sondern vor den verbündeten Freunden. Wie kommen sie zu ihrer Sicherheit?

Ruinen sind Schlupfwinkel für Frondeure; Elend schafft Unruhe und Haß. Es ist also eine Voraussetzung künftiger Sicherheit, daß Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Widerspricht die Reparationspolitik, die massive Demontage deutscher Industrien, dem Postulat der Sicherheit?

Die interalliierte Reparationskommission in Brüssel ist seit einem Jahr untätig, weil sich die Vertreter der Großmächte in Berlin nicht verständigen können. Verbringen sie ein weiteres Jahr mit fruchtlosen Verhandlungen, so wird es psychologisch und somit auch politisch unmöglich geworden sein, ihre berechtigten Forderungen nach Wiedergutmachung ihrer Verluste zu erfüllen. Die Zeit drängt. Je länger man zaudert, desto gefährlicher die Überstürzung: Die Kommission in Brüssel verfügt plötzlich eine neue Demontageaktion, die im Oktober 1947 abgeschlossen sein soll. Sie verlangt von der französischen Zone, im Namen von 18 alliierten Regierungen, die Demontage von 12 000 Werkzeugmaschinen im Buchwert von 30 Millionen Reichsmark. Die Maschinen dürfen nur zehn Jahre alt oder jünger sein. Es erweist sich, daß diese Forderungen in Unkenntnis der Maschinenbestände erhoben wurden. Das Ergebnis einer Bestandesaufnahme lautet, daß weitaus mehr als 12 000 Maschinen im Jahre 1947 demontiert werden müßten, wenn Maschinen «im Buchwert von 30 Millionen Reichsmark» abgeliefert werden sollen. Es müßten sämtliche Maschinen im Alter von zehn Jahren und jünger abgebaut und fortgeschafft werden. Das Problem des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft würde unlösbar; es könnte nur noch liquidiert werden.

Andererseits kann man aus Gründen der Sicherheit nicht darauf verzichten, die deutsche Wirtschaft zu reorganisieren. Die Russen demontierten in ihrer Zone etwa 60 Prozent aller industriellen Anlagen, aber sie handelten rasch, und sie reorganisierten den Maschinenpark, der übrig blieb: die wichtigsten deutschen Industrien der Ostzone wurden in einem sowjetrussischen Trust zusammengefaßt. Die gesamte Eisen- und Stahlindustrie, die Waggon- und Automobilindustrie, 70 Prozent der optischen und der mechanischen Industrie, 50 Prozent der Lokomotivproduktion wurden in die «Sowjetische Aktiengesellschaft», das heißt in russischen Aktienbesitz übergeführt. Mehr als 200 bedeutende Firmen produzieren für Rußland. Die Schlüsselindustrien, die die erforderlichen Rohstoffe aus Rußland beziehen, wurden dem russischen Wirtschaftsbereich angeschlossen. Die mangelhafte Rentabilität dieser Industrien ist kein Hinderungsgrund für eine Wirtschaftskolonisation, die politischen Zielen dient.

Auch in den westlichen Zonen ist die industrielle Produktion defizitär. In der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes übersteigen die Produktions- und Unterhaltskosten die Einnahmen um rund 75 Prozent. Das Globaldefizit dieser Industrie wird für das Jahr 1946 auf rund 250 Millionen Reichsmark geschätzt. In der Kohlenindustrie lag die Produktivität des Arbeiters im Jahre 1946 (im Vergleich zu 1938 = 100) zwischen 57,89 und 64,74. In der französischen Zone wird die Produktionskapazität der Industrie durchschnittlich zu 30 Prozent genutzt. Für diese beunruhigende Lage sind verantwortlich: 1. der durch Kriegs- und Demontageschäden verursachte Substanzverlust, 2. das Absinken der Arbeitsproduktivität, 3. die ungenügende Auswertung der Produktionskapazität, die wiederum eine Folge des Rohstoff- und des Arbeitermangels ist.

Im Westen erheischt also der Wiederaufbau der deutschen Industrie die Beschränkung der Demontagen, die Verminderung der Reparationsforderungen sowie die Kreditierung von deutschen Rohstoffkäufen. Im Gegensatz zur Ostzone stellt sich hier aber die Frage, wie die kreditierten Kapitalien gesichert werden können, solange die deutsche Industrie mit einem Passivsaldo rechnen muß. Mit andern Worten: Hier wird die Frage der Rentabilität zu einem politischen Problem, das im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ökonomisch unlösbar ist und foglich – liquidiert werden muß.

So kommt es, daß die Industrien der Westzonen heute zu einem großen Teil für ausländische Auftraggeber – im Lohngeschäft – tätig sind. Die deutsche Arbeitskraft wird kolonisiert, die gelieferten Rohstoffe sind gesichert. Der Unternehmer wird zum bloßen Betriebsleiter degradiert. In andern Fällen nutzen ausländische Unternehmer die Rohstoffknappheit und die Demontagedrohung aus, indem sie majoritäre Geschäftsanteile an solchen Unternehmen billig erwerben, die sonst als rein deutsche Betriebe demontiert würden, die aber Gewinne versprechen, sobald Eigengeschäfte größeren Stils für den deutschen Markt wieder getätigt werden können. Kapitalanleihen, die die Siegermächte in Zukunft der deutschen Wirtschaft gewähren werden, kommen sodann den privaten Unternehmern der Siegermächte zugute.

In den westlichen Zonen wird also eine der russischen Politik entsprechende, jedoch den Interessen der kapitalistischen Privatwirtschaft der Sieger adäquate Form der Liquidierung des deutschen Wiederaufbauproblems gefunden: *die privatwirtschaftliche Kolonisierung der industriellen Restbestände Deutschlands*. Für die Regierungen der Weststaaten handelt es sich auf Jahre hinaus um eine von ihnen geduldete Wirtschaftskolonisation mit politischen Zielen. Die deutsche Wirtschaft gerät zwangsläufig in die direkte ökonomische Abhängigkeit von den Siegermächten, im Osten und im Westen.

Diese Entwicklung muß nicht unbedingt gewollt sein, sie ergibt sich von selbst. Schüttet man Wasser auf eine schiefe Ebene, so braucht das Wasser nicht herablaufen zu *wollen*, die Schwerkraft allein zwingt es auf seine Bahn. Die Deutschlandpolitik der Alliierten im Osten und im Westen ist, wie die wirtschaftliche Lage in Deutschland, im großen und ganzen ein Ergebnis der weltpolitischen Machtverhältnisse.

### *Maschinen ohne Arbeiter*

Es wird eigentümlicherweise meistens übersehen, daß der *Arbeitermangel* die größte und ernsteste Schwierigkeit ist, mit der ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu rechnen haben wird. Unbeachtet blieb bisher die sonderbare Erscheinung, daß das höchstindustrialisierte Land Europas seine Riesenarmee von Industriearbeitern am schnellsten verbraucht hat. Der deutsche Arbeiter wurde nicht an der Maschine, sondern von den Maschinen, die er produzierte, vernichtet, während große Teile der Mittelschichten proletarisiert wurden.

Rohstoff-, Kohlen- und Energiemangel können überwunden werden. Woher nimmt man aber die Menschen, die Arbeitskraft? Schon heute liegen in Deutschland Maschinen still, weil die Arbeiter, die sie bedienen könnten, abwesend sind: sie sind gefangen, werden vermißt oder wurden getötet.

Eine Statistik sagt über die Arbeitsmarktlage im Lande Südwürttemberg und Hohenzollern folgendes aus:

Monat	Arbeitsuchende	Arbeitslose	Offene Stellen
November 1946	2638	1604	16 444
Januar 1947	3084	2249	15 353
März 1947	3790	2596	19 053

1. Die Zahl der Arbeitsuchenden, der Arbeitslosen und der offenen Stellen nimmt zu, ohne daß das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot aufgehoben würde. 2. Im März 1947 werden 19 053 Arbeitskräfte gesucht, aber gleichzeitig beläuft sich die Zahl der Arbeitsuchenden und Arbeitslosen auf insgesamt 6386. 3. Auch wenn diese 6386 Arbeitsuchenden und Arbeitslosen restlos in den Produktionsprozeß eingeordnet werden könnten, würde die Nachfrage nach weiteren 12 667 Arbeitskräften ungedeckt bleiben. 4. Während die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte einigermaßen konstant bleibt, nimmt die Nachfrage weiter zu. Hinzu kommt, daß der größere Teil der Arbeitslosen entweder arbeitsunwillig oder arbeitsunfähig ist (Invalide), während



die arbeitslustigen und arbeitsfähigen Arbeitslosen ungelernte Arbeitskräfte sind, die den Ansprüchen moderner Industrieproduktion nicht genügen.

Einer oberflächlichen oder politisch tendenziösen Berichterstattung ist es gelungen, die Ursache des Arbeitermangels zu verschleiern oder gar eines der wichtigsten Wiederaufbauprobleme zu bagatellisieren. Aus folgenden statistischen Untersuchungen geht hervor, daß Deutschland trotz der relativ hohen Zahl seiner heutigen Gesamtbevölkerung den zweiten Weltkrieg auch demographisch verloren hat.

Im Stadt- und Landkreis Reutlingen wurden am 17. Mai 1939 als «ständige Bevölkerung» gezählt:

männliche Personen	47 207 = 46 0/0
weibliche Personen	54 868 = 54 0/0
Gesamtbevölkerung	102 075 = 100 0/0

Die Kriegsverluste an männlicher Bevölkerung beliefen sich am 1. November 1946 auf:

Gefallene	4 327 = 4,2 0/0 der Gesamtbevölkerung von 1939
Gefangen und vermißt	5 958 = 5,8 0/0 der Gesamtbevölkerung von 1939
Insgesamt	10 285 = 10,0 0/0 der Gesamtbevölkerung von 1939

Vergleicht man aber diese Verlustzahlen mit der Zahl der ständigen männlichen Bevölkerung des Jahres 1939, so ergibt sich:

Gefallene	9,1 0/0 der männlichen Bevölkerung von 1939
Gefangen und vermißt	12,6 0/0 der männlichen Bevölkerung von 1939
Insgesamt	21,7 0/0 der männlichen Bevölkerung von 1939

Aber auch diese Ziffer ist für die Wirtschaft des Kreises irrelevant. Greise und Kinder gelten nicht als Arbeitskräfte. Vergleicht man also die Verlustzahlen mit der Zahl der ständigen männlichen Bevölkerung des Jahres 1939 im arbeitsfähigen Alter von 14 bis 65 Jahren, so ergibt sich nun:

Gefallene, 14–65 Jahre alt	13,2 0/0 der männl. Bevölkerung, 14–65 Jahre alt
Gefangen und vermißt	18,0 0/0 der männl. Bevölkerung, 14–65 Jahre alt
Insgesamt	31,2 0/0 der männl. Bevölkerung, 14–65 Jahre alt

Will man mit 65jährigen die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen? Sie erscheinen nicht einmal in den Statistiken über die Arbeitsmarktlage. Eine weitere Korrektur unserer Ziffern drängt sich auf: Vergleicht man die Verlustzahlen mit der Zahl der männlichen Bevölkerung des Jahres 1939 im arbeitsfähigen Alter von 14–45 Jahren, so ergibt sich:

Gefallene, 14—45 Jahre alt	18,6 ‰ der Männer mit voller Arbeitskraft
Gefangen und vermißt	25,6 ‰ der Männer mit voller Arbeitskraft
Insgesamt	44,2 ‰ der Männer im Alter von 14—45 Jahren

Untersuchungen in andern Stadt- oder Landkreisen führen zu ähnlichen Resultaten. So ergeben zum Beispiel die Gesamtverluste an männlicher Bevölkerung (Gefallene, Gefangene und Vermißte) für die Kategorien I (Männliche überhaupt), II (Männer, 14—65 Jahre alt), III (Männer, 14—45 Jahre alt) folgende Prozentsätze, gemessen an der ständigen männlichen Bevölkerung und deren prozentualen Anteil an der ständigen Gesamtbevölkerung im Jahre 1939:

Verluste Kategorie	Landkreis Reutlingen	Landkreis Münsingen	Landkreis Tübingen
I total	21,7 ‰	21,5 ‰	21,6 ‰
II 14—65 Jahre	31,2 ‰	33,1 ‰	31,5 ‰
III 14—45 Jahre	44,2 ‰	48,3 ‰	44,7 ‰

*In Worten: 44 bis 48 ‰ der gesamten ständigen männlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 14 bis 45 Jahren ist abwesend, das heißt gefangen oder vermißt oder im Kriege umgekommen.*

### *Die Entwertung der Politik*

Gezwungenermaßen verharrte der deutsche Bürger und Arbeiter als bloßer Untertan jahrhundertlang im Zustand politischer Unterwerfung und Apathie. Er hatte Gründe genug für seine Meinung, daß die Politik, an der er nicht teilhaben durfte, ein «schmutziges Geschäft» sei, dessen Kosten er allein bezahle. Auch als ihm die Anteilnahme am politischen Geschehen plötzlich zur Pflicht gemacht wurde, avancierte er nicht zum Subjekt der Politik. Er blieb, als er auszog, um die Welt zu erobern — so scheint es ihm heute —, bloßes Objekt eines «schmutzigen Geschäfts».

Die politische Apathie des Durchschnittsdeutschen, das mangelnde Vertrauen in seine politischen Organisationen, Fatalismus und Resignation sind aktuelle Ausdrucksformen eines historisch begründeten Mangels an Selbstvertrauen, eines Mangels, der immer dann gefährlich wird, wenn er in der Überlegenheitsfiktion von der «deutschen Herrenrasse» eine Überkompensation erfährt. Der Mangel an Selbstvertrauen entwertet die Politik; die Kompensation des Mangels treibt den Politiker in den Angriff — oder heute in die Bereitschaft zum passiven Widerstand.



Weder die politische und wirtschaftliche Lage noch das heutige Parteiwesen in Deutschland sind geeignet, diesen historischen und psychologischen Befund vorteilhaft zu verändern. Zwar haben sich die Organisationen der deutschen Parteien und Gewerkschaften entfalten können, aber sie entsprechen weder einem starken politischen Bedürfnis noch den Interessen oder Meinungen einheitlicher sozialer Schichten. Obgleich sie die verödete Arena der Politik beherrschen, spielen sie in Wahrheit eine Statistenrolle ohne Eigenleben, ohne Überzeugung. Sie finden keine gewinnenden konstruktiven Leitideen, die weder der «Kollaboration mit dem Feinde» noch der «Geschäftemacherei» verdächtig wären. Die Politik ist und bleibt entwertet.

Woher sollten auch konstruktive Leitideen kommen? Der Einbruch der zivilisatorisch minder entwickelten Menschenmassen der russischen Armeen in das hochindustrialisierte Deutschland hat die Idee des russischen Kommunismus als Gerechtigkeits- und Friedensidee diskreditiert. Die gedankenlose Militärbükratie der Westmächte und das Chaos ihrer Zwangsmaßnahmen haben ihrerseits die Idee der Demokratie entwertet. In der Meinung der Deutschen hat die Welt, die den Krieg gewonnen hat, versagt. Jedes deutsche Bekenntnis zu den Versagern trägt somit den Stempel eines zynischen Opportunismus. Gegen diesen und gegen die Welt ist die Bildung einer politischen Meinung noch möglich.

Und auch dies nur in beschränktem Maße. Das Dritte Reich hat die Ohnmacht der persönlichen Meinung demonstriert, die Politik der Sieger kann daran nichts ändern. Der Einzelne bleibt, mit oder ohne private Meinung, bloßes Objekt einer undurchschaubaren Weltpolitik. Gefühle und Stimmungen werden daher wichtiger als Ideen und Parteien.

«Sehen Sie der Zukunft optimistisch oder pessimistisch entgegen?» Auf diese Frage des Sozialpsychologischen Instituts in Baden-Baden antworteten in den Städten 73 Prozent aller Befragten «pessimistisch» (auf dem Lande 63 Prozent); in der ganzen Zone waren 26 Prozent der Befragten «optimistisch», und 11 Prozent hatten weder Stimmungen noch Meinungen. 75 Prozent der Pessimisten begründeten ihre Meinung mit Argumenten wirtschaftlicher Natur; fast die Hälfte der Pessimisten befürchtet den totalen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.

Es versteht sich von selbst, daß die Pessimisten, die alle Hoffnungen aufgegeben haben, an den Sinn eines politischen Einsatzes nicht mehr glauben. Wenn sie bei den Wahlen ihre Stimme abgeben, so tun sie es, weil man es von ihnen erwartet. Aber ihr Stimmzettel ist wertlos, weil der augenblicklichen Meinung, die er zum Ausdruck bringt, Substanz und politischer Wille fehlen. Der Pessimist ist Untertan, dem die vier Herren, die ihn regieren,

genügen. Er hat keine Sehnsucht nach der Herrschaft deutscher Parteien. Politik — wozu?

### *Die Trotz-Politiker*

Deutsche, die «trotz allem» politisch denken oder gar handeln wollen und die «trotz allem» politischen Parteien angehören, entwickeln sich zu Politikern des Trotzes. Ihre Parteien geraten in einen nationalistischen Wettbewerb. Sie stehlen den Nationalisten von gestern die besten Parolen. Ein Kuriosum: hilflos ziehen sich die neuen Nazis zurück, denn ihr Vokabular dient jetzt ihren Gegnern.

Die Kommunisten prangern den «Raubkapitalismus der Westmächte» an und verschweigen den Chauvinismus ihrer französischen Kollegen. Die sozialistischen Arbeiter wehren sich gegen die Verringerung ihrer Arbeitsplätze durch die Demontagen der Maschinen, und sie hören verständnislos die Beteuerungen der Labouristen. Die Bürgertum sträubt sich gegen seine Proletarisierung, die es den Siegern auf das Konto ihrer moralischen Schulden einträgt, und es protestiert erbittert gegen Maßnahmen, die es selbst in fremden Ländern einst ergriffen hat. Der Klerus segnet, mit berechnetem Pathos, die Unglücklichen. Und alle, alle vergessen, daß die Sieger nicht aus freien Stücken nach Deutschland gekommen, sondern daß sie von den Deutschen, die Hitler dienten, auf das Schlachtfeld gerufen worden sind.

Aber was gestern war, das ist vergessen. Allein die Gegenwart gilt. Hunger, Verwaltungschaos, Verfall von Wirtschaft und Gesellschaft, Dezimierung der arbeitsfähigen Bevölkerung, Aussichts- und Hoffnungslosigkeit: diese Gegenwart, die jede konstruktive Idee als Utopie erscheinen läßt, reizt zum nihilistischen Protest.

Schon beginnen die deutschen Verwaltungsbehörden, die Befehle oder Anordnungen der alliierten Militärbehörden nur zögernd, mit unnötiger Verspätung zu befolgen. Schon melden sich die ersten Anzeichen einer passiven Resistenz. Bald wird der Konflikt mit den Besatzungsmächten Voraussetzung politischen Erfolges sein. Gegen sie und gegen die Welt ist eben, wie wir sagten, die Bildung einer politischen Meinung noch möglich.

Daher greift die von den Trotz-Politikern genährte Widerstandsstimmung um sich. Das schlechte Gewissen der Sieger bestärkt die Trotzigern in ihrer Meinung, daß das Recht auf ihrer Seite sei. In der französischen Zone geraten die Linksparteien in eine immer schärfere antifranzösische Opposition. Ich hörte, daß Sozialisten das Haus der französischen Militärregierung das «Braune Haus» nannten, und sozialistische Arbeiter meinten: «Wenn es ein-

mal darum geht, die Franzosen herauszuschlagen, so sind wir dabei.» Der Nationalismus der Linksparteien in Süddeutschland ist bemerkenswert, da die Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den französischen Zivilisten und Soldaten sehr viel freundlicher sind als die Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten in andern Zonen. Je mehr die Trotz-Stimmung sich ausbreitet und das schlechte Gewissen der Sieger sich verallgemeinert, desto radikaler vertauschen Sieger und Besiegte ihre Rollen: die Sieger unterliegen moralisch den Besiegten.

Es stellt sich die Frage: Werden die Sieger gezwungen sein, mit Hilfe jener Schichten, die die wirtschaftliche Kolonisation Deutschlands begrüßen und fördern, gegen die Linksparteien zu regieren? Wird also zwangsläufig eine zwar ökonomisch nur schmarotzende, aber politisch «zuverlässige» deutsche Kolonialbourgeoisie entstehen, die den Auftrag erhält, im Namen der Sieger die Trotzsenden zu beherrschen?

Die Frage ist komplizierter: Wer auch immer in Opposition gerät, der wird morgen bereit sein, mit dem Teufel zu paktieren.

### *Die politischen Gewichte*

Wie leichte Korkstückchen treiben die deutschen *Wählermassen* gruppenweise auf den politischen Gewässern. Ihr spezifisches Gewicht ist gering, sie verdrängen nur wenig Wasser. Die *Parteien* ruhen hingegen wie schwere Bronzekugeln auf dem Grund. Ihre Wasserverdrängung entspricht ihrem Volumen, und ihr Volumen entspricht ihrem absoluten Gewicht. Nehmen die Bronzekugeln an Gewicht zu, so verdrängen sie größere Wassermengen, der Wasserspiegel steigt, und die leichten Korkstückchen steigen mit. Nehmen aber die Bronzekugeln an Gewicht ab, so verdrängen sie kleinere Wassermengen, der Wasserspiegel fällt, und die leichten Korkstückchen fallen mit. Zwar sind die Korkstückchen sichtbar, aber sie bestimmen nur wenig das Auf und Ab der politischen Gewässer. Zwar sind die Bronzekugeln unsichtbar, aber sie bestimmen die Höhe des Wasserspiegels und die Lage der sichtbaren Korkstückchen. Während die Bronzekugeln die Tiefenströmungen in den politischen Gewässern regulieren, treiben die Korkstückchen im wechselnden Wind, von den Strömungen an der Oberfläche davongetragen, in Gruppen, die sich bilden und leicht wieder auflösen. Mancher Irrtum politischer Analysen und Prognosen beruht darauf, daß die politischen Gewichte und ihre Verteilung an der Gruppierung der Korkstückchen statt am Volumen der Bronzekugeln gemessen werden.

Ein solcher Irrtum ist für die Beurteilung der politischen Lage in Deutschland ganz besonders gefährlich, weil hier das spezifische Gewicht der Wählermassen weitaus geringer ist als in Ländern mit demokratischer Tradition. Man muß daher das Wachstum der Bronzekugeln ständig beobachten, die politischen Gewichte an Ort und Stelle lesen, wenn man sich vor Trugschlüssen, zu denen eine mechanische Aufrechnung der Wahlergebnisse verführt, rechtzeitig hüten will. An dieser Stelle habe ich vor einem Jahr («Rote Revue», Juni 1946) auf Grund einer solchen Analyse eine Entwicklungsprognose gegeben, deren Richtigkeit von den Tatsachen inzwischen bestätigt worden ist. Der damals vorausgesagte Prozeß der *politischen Polarisierung*, der Teile der Wählermassen von den Mittelparteien weg an die Extreme verlagert, ist in Gang gekommen; ein Vergleich der Wahlergebnisse in der britischen Zone vom Oktober 1946 und April 1947 zeigt dies deutlich:

Partei	Anteil am Gesamt der Stimmen		+ oder — in %
	Oktober 1946	April 1947	
SPD	38	37	— 1
KPD	8	11	+ 3
CDU	36	32	— 4
FDP <sup>1</sup>	7	7	
Zentrum	4	7	+ 3
Sonstige	7	6	— 1

Vergleicht man diese Stimmenverlagerung mit derjenigen, die bei den gleichen Wahlen im Industriegebiet Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat, so erkennt man unschwer, daß Tiefgang und Tempo des Polarisationsprozesses in Industriegebieten größer sind als in Gebieten mit Agrarbezirken:

Partei	Anteil am Gesamt der Stimmen		+ oder — in %
	Oktober 1946	April 1947	
SPD	30	32	+ 2
KPD	10	14	+ 4
CDU	48	38	— 10
Zentrum	6	10	+ 4
FPD <sup>1</sup>	5	6	+ 1.

Auch in der französischen Zone ist der gleiche Polarisationsprozeß deutlich festzustellen. Allerdings vollzieht er sich hier in einem weitaus langsameren Tempo. Die französische Zone besitzt nur unbedeutende städtische Industriezentren. Die Landbevölkerung ist in hohem Maße konfessionell ge-

<sup>1</sup> Freie Demokratische Partei.

bunden. Die katholische Kirche ist eine politische Macht. Die SPD gilt im Gegensatz zu den andern Zonen, trotz ihrem starken kleinbürgerlichen Anhang, in der Meinung der Landbevölkerung als «Linkspartei» in der Nähe der politischen «Mitte». Die CDU zersetzt sich daher in der Hauptsache zugunsten der SPD. Hinzu kommt, daß die SPD in ihrer Wahlpropaganda die Mittelschichten stark umworben hat. Eine ihrer Wahlproklamationen lautete: «Die SPD ist für das kleine und mittlere Privateigentum. Die SPD will, daß der Mittelstand auf ihrer Seite gegen seine großen Enteigner kämpft.» («Rhein-Zeitung» Nr. 40 vom 3. Mai 1947.) Andererseits hat die KPD an Einfluß verloren, seitdem deutsche Kriegsgefangene, die aus Rußland heimgekehrt sind, durch ihre Erlebnisberichte die antirussische Propaganda nähren. In gleichem Maße haben die Fusionsbestrebungen innerhalb der SPD-Arbeiterschaft erheblich an Bedeutung verloren. Die Wähler, die der CDU fortan ihre Stimme versagen, werden daher auf der Linken von der SPD aufgefangen.

Es kann nun festgestellt werden, daß in der französischen Zone — was nicht unbedingt der Fall sein muß — die Oberflächen- und Tiefenströmungen der Richtung nach übereinstimmen. Vergleicht man den Anteil der verschiedenen Parteien am Gesamt der im Herbst 1946 abgegebenen Wahlstimmen mit a) dem Anteil der Parteimitglieder der gleichen Parteien am Gesamt der politisch organisierten Bevölkerung und schließlich mit b) dem Anteil, den die Parteienvertretungen am Gesamt der leitenden Funktionäre im Gewerkschaftskartell haben, so ergibt sich:

Partei	% der Wahlstimmen entfallen auf (Oktober 1946)	% der organisierten Bevölkerung Partei- mitglieder Mai 1947)	% der leitenden Funktionäre im Ge- werkschaftskartell 1947
CDU	45	28–29	9
SPD	30	49–50	66
KPD	9	22	25
LDP/SV/DVP <sup>2</sup>	15	unbedeutend	0

Auf Grund dieser Ziffern (die auf mühseligen Vergleichen und Schätzungen beruhen und deren Zustandekommen hier aus Raumangel nicht dargestellt werden kann) wäre es möglich gewesen, die Ergebnisse der Wahlen vom 18. Mai 1947 im großen und ganzen vorauszusagen. Zwar schwimmen 45 Prozent der Korkstückchen in der CDU-Gruppe, aber die Bronzekugel der SPD ist fast um das Doppelte schwerer und größer als die Bronzekugel der CDU. Nur die im Vergleich aufeinanderfolgender Wahlen sichtbar wer-

<sup>2</sup> LDP = Liberaldemokratische Partei; SV = Sozialer Volksbund; DVP = Deutsche Volkspartei.

dende *Tendenz* der Stimmenverlagerung, nicht aber die prozentuale Verteilung der Wahlstimmen als solche, deutet die tatsächlichen politischen Gewichte der Parteien an.

Eine gründliche Analyse hätte den verhältnismäßig starken Einfluß der KPD in den Betriebsräten und denjenigen der SPD in den Gewerkschaften der französischen Zone und viele andere Faktoren zu berücksichtigen. Aber wir können hier nur die großen Entwicklungslinien skizzieren und einige Grundfragen aufwerfen.

Ohne Zweifel hat in der französischen Zone die SPD alle Chancen, aus der an aktiven Mitgliedern stärksten Partei bei den Wahlen und bei den Regierungsgeschäften auch zur führenden Partei zu werden. Es wäre verhängnisvoll – für Frankreich und für Deutschland –, wenn sie nicht daran gehindert würde, die Führung der Trotz-Politiker zu übernehmen. Sollte die SPD endgültig in jene Opposition getrieben werden, in der sich die Verzweifelnden nicht scheuen, mit dem Teufel zu paktieren, so müßte die französische Militärverwaltung gegen die stärkste deutsche Partei in ihrer Zone regieren. Auch hier würde sich sodann die Frage stellen, mit Hilfe welcher deutscher Kräfte sich Frankreich gegen die deutschen Linksparteien behaupten wolle. Aber auch die Beantwortung dieser Frage hängt von der generellen Deutschlandpolitik Frankreichs ab, die wiederum – das sei nicht vergessen – zum großen Teil von den weltpolitischen Machtverhältnissen bestimmt wird.

### *Ein Bürgermeister und ein General*

Der Zwang unpersönlicher Abhängigkeiten, der eiserne Zwang, den komplizierte Gesellschaftsapparaturen und spröde Bürokratien auf uns ausüben, liegt wie eine riesige, harte Kruste auf uns Menschen des 20. Jahrhunderts, und wir haben wenig Hoffnung, daß unsere Generationen diese Kruste einmal sprengen werden. Der Einzelne scheint in diese Kruste eingebettet, in ihr gefangen zu sein; er kann nicht vorwärts, nicht rückwärts; was er tut und was mit ihm geschieht, Gegenwart und Zukunft scheinen von dem verhärteten Ganzen her bestimmt zu sein. Es ist wohl bezeichnend, daß in diesen Notizen von der «Liquidierung eines Problems», von «Aufbau» und von «Abbau», von der «Entwertung der Politik» und von «politischen Gewichten» die Rede ist, von vielen Abstrakta, von Zwangsläufigkeiten und Bedingtheiten, nur nicht vom Menschen. Nicht vom Menschen, der diese Kruste selbst geschaffen hat.

In Deutschland wurde die harte Kruste der deutschen Bürokratie noch von der dickeren Kruste einer fremden Militärbürokratie überschichtet. Die



Verwaltung der Sieger verwaltet die Verwaltung der Besiegten. Je größer das Elend der Menschen wird, desto mehr spricht man von Sachen. Auch das Elend wird verwaltet, organisiert.

Und doch gelingt es einigen wenigen Menschen, in diese doppelte Kruste ein winziges Loch zu bohren. Wo ihnen dies gelingt, da schöpfen sie frische Luft und neuen Mut. Sie entdecken, daß nicht alles vorbestimmt ist, daß Initiative und Phantasie das Loch in der erstickenden Kruste zu erweitern vermögen. Gäbe es viele solcher Menschen, so könnte das Deutschland-Problem vielleicht anders formuliert werden. Aber es gibt nur wenige in Deutschland, ja in Europa, die ihren Fatalismus, ihre Resignation überwinden wollen.

Es ist wohl kein Zufall, daß glückliche Ausnahmen am ehesten in der französischen Zone zu finden sind. In den andern Zonen herrschen unbedingter und schrankenloser die Fragebogen und die Paragraphen. Der Individualismus der Franzosen, die lebenswürdige Schlamperei ihrer Beamten lassen niemals jenen Grad der Erstarrung zu, den die auf Serienbehandlung eingerichtete Verwaltungsapparatur der Angelsachsen von selbst erreicht. Weil der Franzose sich souverän von seiner eigenen Bürokratie distanziert — er nimmt sie weniger wichtig als sein Mittagessen —, findet er auch leichter Verständnis für den Deutschen, der unter der doppelten Kruste um Atem ringt.

Der Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen, Oskar *Kalbfell*, rettete, wie ich hier vor einem Jahr berichtete, seine Stadt. Er sorgte dafür, daß 600 Familien seiner Gemeinde, die ihr Hab und Gut verloren hatten, kostenlos je eine Schlafzimmer-, eine Wohnzimmer- und eine Kücheneinrichtung erhielten. Allen Invaliden wurden, ebenfalls kostenlos, Prothesen gegeben. Seitdem hat Kalbfell weitere Beweise dafür geliefert, daß eine sachliche Aufbaupolitik möglich und auch unter den heutigen Umständen erfolgreich ist.

«Ich habe mir einen Posten Hemden verschafft, und diese Hemden verkaufe ich zu Selbstkostenpreisen an die rührigsten Milchbauern und an die tüchtigsten Arbeiter des Landkreises», erklärt Kalbfell. Ohne Zwangsmaßnahmen ergreifen zu müssen, erhält daher die Stadt Reutlingen von den Bauern des Landkreises 3,5 Liter Milch pro Milchkuh, während die Milchabgaben der bayrischen Bauern 0,9 Liter Milch pro Milchkuh nicht überschreiten. Das Prämiensystem des Bürgermeisters wirkt belebend auf die Wirtschaft seiner Stadt.

Und diese Stadt verfügt heute für ihre 60 000 Einwohner über ein eigenes Sinfonieorchester, über ein Schauspielhaus und eine Volkshochschule, deren Lehrprogramm den Vergleich mit den besten Volkshochschulen der Schweiz vertragen kann. Die Reutlinger Bürger, die sich in französischer Kriegs-

gefangenschaft befinden, erhalten von ihrer Stadt Liebesgabenpakete und gedruckte Briefe, die sie über die politischen Verhältnisse und die Erfolge der Aufbauarbeit in ihrer Heimatstadt unterrichten. Der Sozialist Kalbfell wurde in freien Wahlen mit einer Stimmenmehrheit wiedergewählt, die ein Hitler niemals erzielt hat.

Der französische *General Jacobsen* ist 29 Jahre alt. Er regiert das Land Rhein-Hessen. Im Krieg fiel er zweimal in deutsche Gefangenschaft und brach zweimal aus der Gefangenschaft aus. In Algier organisierte er die ersten Stoßtrupps der Gaullisten, landete mit ihnen in Sizilien, kämpfte in Italien, Frankreich und Deutschland. Seine militärischen Leistungen wurden ihm, als er 25 Jahre alt war, mit der Ernennung zum Offizier der französischen Ehrenlegion belohnt. Als 26jähriger wurde Jacobsen kommandierender General.

«Die Stadt Mainz ist zu 80 Prozent zerbombt. Einst waren es die Preußen, die Mainz zerstörten; Napoleon baute die Stadt wieder auf. Im Jahre 1945 waren es amerikanische Bomber, die Mainz in Trümmer legten. Wir Franzosen werden die Stadt ein zweites Mal wiederaufbauen.» Der junge französische General stößt ein Loch in die harte Kruste der schwerfälligen Bürokratie und hat Erfolg. Ein Gruppe französischer Städtebauer entwirft unter der Leitung des Urbanisten Lods, gemeinsam mit deutschen Architekten, die Baupläne für eine Stadt, die in ihrer Anlage den höchsten Ansprüchen sozialer und sanitärer Hygiene genügen wird. Am Rande der Trümmerfelder entsteht schon jetzt eine Barackensiedlung für 3500 Bauarbeiter, eine provisorische Siedlung mit Festhalle, Leseräumen und Schwimmbad. Und die Fabriken beginnen mit der Serienherstellung von Baumaterial. In einigen Wochen wird eine Armee von 10 000 Bauarbeitern an die Arbeit gehen und mit dem Lärm ihrer Hämmer die Bevölkerung der Ruinenstadt aus ihrer tiefen Apathie herausreißen.

Ich könnte über die Verwirklichung anderer bemerkenswerter Projekte des jungen Generals berichten, aber die Vermehrung der Beispiele würde an der grundsätzlichen Feststellung, die zum Abschluß getroffen werden soll, kein Wort mehr ändern.

Dem deutschen Gaul, den Hitler ins Elend galoppierte, reißt eine vierfach gesicherte Kandare das blutende Maul auf. Der Gaul trabt müde und geschwächt, in alle vier Himmelsrichtungen befohlen, im Kreis herum. Und so trabt er in den Tod. Aber seinen Tod will man nicht, weil niemand die Begräbniskosten übernehmen will. Und ein verwesender Kadaver im Zentrum Europas würde die Luft verpesten, er würde ein Seuchenherd sein. Das war das Deutschland-Problem vor einem Jahr.

Nun hat man ein anderes Bild zur Hand: Z w e i deutsche Gäule tragen

die westlichen und die östlichen Reiter in die Gefilde vermeintlicher Sicherheit. Das Deutschland-Problem ist liquidiert. Wird aber der westliche Gaul bei Kräften sein?

Bei dieser Frage erheben sich die vielfachen Widersprüche, die hier notiert worden sind, und andere, die ein Buch füllen würden – Widersprüche, die unter dem Zwang machtpolitischer Abhängigkeiten und spröder Bürokratien unlösbar bleiben. Mit jeder Liquidierung eines Problems spitzen sie sich zu. Da sind wir heute.

Und morgen? Die idealen Typen eines deutschen Bürgermeisters und eines französischen Generals rufen uns ins Gedächtnis, daß nicht die Politik den Menschen, daß vielmehr der Mensch die Politik macht. Was uns beherrscht, das könnten wir beherrschen. Es ist an uns, diese Erfahrung zu propagieren.